



Niederschrift

14. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.11.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Uwe Adler	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	entschuldigt von 19:15 bis 19:25 Uhr
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Matthias Finken	CDU	
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	von 19:15 bis 19:25 Uhr
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	

sachkundige Einwohner

Frau Dr. Sophie Haebel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis	
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE	
Frau Sabine Becker	Freie Demokraten	(vertretend für Herrn Kretschmer)

Vertreter Fridays For Future

Frau Anna Ducksch

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen und nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.10.2020 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Tank- und Rastanlage Havelseen
Vorlage: 20/SVV/0893
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage - im Rahmen der Selbstbefassung)
 - 3.2 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägungs- und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/1187
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
SBWL, OBR Fahrland
 - 3.3 Finanzierungsvertrag zur Beschaffung von Niederflurstraßenbahnen
Vorlage: 20/SVV/1249
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
KUM, FA
 - 3.4 Förderung von Prozessen der Bauleitplanung
Vorlage: 20/SVV/1267
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
HA, SBWL, KUM, alle Ortsbeiräte
 - 3.5 Änderung der Stellplatzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1091
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
 - 3.6 Ergänzende abfallwirtschaftliche Maßnahmen
Vorlage: 20/SVV/1007
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
(Wiedervorlage)
 - 3.7 Aktuelle Übersicht zum Umsetzungsstand des Innenstadtverkehrskonzeptes
Vorlage: 20/SVV/1008
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBWL, KUM
 - 3.8 Parkverbote in der Seepromenade in Groß Glienicke in der Badesaison
Vorlage: 20/SVV/1042
Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
nur KUM
 - 3.9 Vermeidung von Schleichverkehr in der Posthofstraße

- Vorlage: 20/SVV/1120
Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM
- 3.10 Erarbeitung einer Vorgartensatzung
Vorlage: 20/SVV/1122
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBWL
- 3.11 Bioabfallvergärungsanlage
Vorlage: 20/SVV/1137
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
HA
- 3.12 Steganlagen am Griebnitzsee
Vorlage: 20/SVV/1138
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL, HA
- 3.13 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens
und des Platzes vor dem Filmmuseum
Vorlage: 20/SVV/1139
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL
- 3.14 Sicherung des barrierefreien Zugangs zur Speicherstadt
Vorlage: 20/SVV/1140
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
GSWI
- 3.15 Sonnenschutz für Fußgänger an zentralen Plätzen
Vorlage: 20/SVV/1141
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL
- 3.16 Provisorischer Uferweg Speicherstadt
Vorlage: 20/SVV/1143
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
nur KUM
- 3.17 Einrichten von Rechtsabbiegen an roten Ampeln mittels eines Grünpfeilschildes
für Fahrradfahrer
Vorlage: 20/SVV/1173
Einreicher: Fraktion CDU
nur KUM
- 3.18 Ampelanlage für seheingeschränkte und blinde Menschen am bestehenden
Straßenübergang Behlertstraße.
Vorlage: 20/SVV/1175
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, GSWI
- 3.19 Ausbau der Fahrradständer in Babelsberg
Vorlage: 20/SVV/1183
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
nur KUM
- 3.20 Verkehrssicherheit Georg-Hermann-Allee
Vorlage: 20/SVV/1206
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
nur KUM

- 3.21 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes
Vorlage: 20/SVV/1216
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
OS, FA, KUM
- 3.22 Werkstattverfahren "Autofreie Innenstadt"
Vorlage: 20/SVV/1268
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
nur KUM
- 3.23 Sanierung Gehweg Amundsenstraße
Vorlage: 20/SVV/1275
Einreicher: Fraktion SPD
KUM, SBWL
- 3.24 Mängel an der Skateanlage Caputher Heuweg beheben
Vorlage: 20/SVV/1276
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und SPD
B/Sp., JHA, KUM
- 3.25 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor
Bordsteinabsenkungen verhindern
Vorlage: 20/SVV/1277
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, OS
- 3.26 Wiederherstellung der Sichtbeziehungen an der Neustädter Havelbucht
Vorlage: 20/SVV/1281
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, SBWL
- 3.27 Verkehrssicherheit in der Innenstadt erhöhen
Vorlage: 20/SVV/1284
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
nur KUM
- 3.28 Fahrradparkhäuser an P&R-Parkplätzen
Vorlage: 20/SVV/1286
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
KUM, SBWL
- 3.29 Kreuzungsbereiche sicherer gestalten - Phänomen "Toter Winkel"
Vorlage: 20/SVV/1287
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
nur KUM
- 3.30 Prüfergebnisse November 2020 zum Beschluss "Potsdam erklärt den
Klimanotstand"
Vorlage: 20/SVV/1191
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.31 Klimanotstand - 2. Aktionsplan zum Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050
Vorlage: 20/SVV/1266
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.32 Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße
Vorlage: 20/SVV/1260
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische

- Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 3.33 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse
Vorlage: 20/SVV/1293
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 3.34 Fähre 1 Kiewitt - Hermannswerder
Vorlage: 20/SVV/1294
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zum Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in der
Landeshauptstadt Potsdam
(gem. Beschluss zur DS 17/SVV/0532)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.2 Umleitungsverkehr Behlertstraße
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Lange, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

Zum Sitzungsablauf ergeht folgender Hinweis: Aufgrund der aktuellen Pandemielage wird diese Sitzung auf zwei Stunden Sitzungszeit begrenzt, sie endet um 20 Uhr. Tagesordnungspunkte, die nicht mehr aufgerufen werden, werden auf die Dezembersitzung vertagt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen und nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.10.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur öffentlichen und nicht öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2020 gibt es keine Hinweise. Beide werden einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Hinweise:

- Der Tagesordnungspunkt 3.2 B-Plan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland), Abwägungs- und Satzungsbeschluss wird auf den 17.12.2020 vertagt, da zuvor dazu noch der Ortsbeirat Fahrland (25.11.) tagt
- Der Tagesordnungspunkt 3.4 Förderung von Prozessen der Bauleitplanung wird vertagt, bis alle Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen

TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung

- Die Mitteilungen der Verwaltung (TOP 4.1 und 4.2) wurden den Mitgliedern vor der Sitzung schriftlich per Mail ausgereicht – Rückfragen können die Ausschussmitglieder über die Gremienbetreuung, Frau Anhoff, an die zuständigen Fachbereiche richten

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht:

- zum TOP 3.1 der Bürgerinitiative Potsdamer Norden für Frau Beckedorf

Dem Antrag auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Tank- und Rastanlage Havelseen

Vorlage: 20/SVV/0893

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage - im Rahmen der Selbstbefassung)

Frau Beckedorf (BI Potsdamer Norden) nimmt ihr Rederecht wahr. Als Anwohnerin und direkte Betroffene äußert sie ihre Sorge zu Natur- und Tierwohl, Klimaschutz in Bezug auf die geplante Versiegelung sowie drohende Lichtverschmutzung. Sie kritisiert deutlich, dass die Anwohnerschaft bisher nicht einbezogen wurde und weist auf die Probleme, die gewöhnlich in Verbindung mit Raststätten einhergehen, hin. Sie fordert die Stadtverordneten der Stadt Potsdam auf, einen Beschluss gegen die Errichtung an diesem Standort zu fassen.

Herr Spira (Ortsvorsteher Satzkorn) betont die außergewöhnliche Tragweite des Projektes. Die Potsdamer Ortsteile Satzkorn und Uetz-Paaren, beide besondere ländliche Räume, gelten als „Perlen von Potsdam“. Er verweist auf die Raststätte Wolfslake, die anstelle einer Neuerrichtung ausgebaut werden sollte. Auch er weist darauf hin, dass von dem Projekt berührte Nachbarn nicht informiert wurden und sieht darin einen Verfahrensfehler. Nun sei das Planfeststellungsverfahren auf den Weg gebracht und die Frist zur Stellungnahme höchstwahrscheinlich sehr kurz.

Drohender Schleichverkehr und die gegebenenfalls durch die Raststätte nötig werdende Erweiterung des Klärwerks bereiten ihm zusätzlich Sorge.

Nichtsdestotrotz gibt es auch Befürworter des Projektes, die er hier nicht

unberücksichtigt lassen will. Einige Stichworte dazu sind u.a. die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie kürzere Wege zum Tanken.

Herr Fuchs (Ortsvorsteher Uetz-Paaren) schließt sich seinen Vorrednern an und weist nochmals entschieden auf den unlängst gefassten Beschluss zum Klimanotstand hin, der mit diesem Projekt nicht vereinbar sei. Er appelliert an die Stadtverordneten, sich hinter ihre Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

Herr Rubelt stellt noch einmal klar, dass die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) hier nicht Träger des Projektes ist. Dies ist das Land, in Person des Landesbetriebes Straßenwesen. Er kündigt an, dass der Landesbetrieb, der heute pandemiebedingt nicht anwesend sein dürfe, in der nächsten Sitzung des KUM-Ausschusses digital an der Sitzung teilnehmen und die Fragen der Mitglieder beantworten werde.

Herr Wilke stellt nochmals die behördlichen Zusammenhänge dar. Im Zuge des geplanten Ausbaus des Berliner Rings müssen auch entsprechende Raststätten vorhanden sein. Das Planfeststellungsverfahren ist dabei der Teil der Bürgerbeteiligung. Den Ausbau von Wolfslake sieht er nicht, die Raststätte liegt im Landschaftsschutzgebiet.

Herr Troche erkundigt sich, welche Einflussmöglichkeiten die LHP auf die Art der Umsetzung des Projektes hat und zielt dabei im Besonderen auf Fragen wie Lichtverschmutzung oder Schleichverkehre ab.

Herr Raschke bezieht sich auf den Flächennutzungsplan von 2014 und möchte wissen, inwieweit hier der Landesbetrieb beteiligt war und wie dessen Stellungnahme ausgesehen hat.

Herr Rubelt erklärt, dass die Umsetzung beim Land liege, die LHP aber die Möglichkeit zur Eingabe von Einwendungen habe. Zudem gelten heute moderne Standards, zum Beispiel bei den einzusetzenden Leuchtmitteln, die auch für Projekte des Landes gelten.

Die Frage von Herrn Raschke nimmt Herr Rubelt zur Prüfung mit.

Im Nachgang zur Sitzung ergeht folgende Antwort:

„Der Landesbetrieb hat zur Aufstellung des FNP 2006 und 2008 Stellung genommen, in den Stellungnahmen aber keine Hinweise auf eine geplante Tank- und Rastanlage gegeben.

Bezogen auf die A10 im Potsdamer Stadtgebiet (also auch für die betreffenden Flächen) werden folgende Themen benannt:

- vorgesehener Ausbau der Fahrstreifen in der Stellungnahme vom 22.06.2006;
- keine Gewerbegebietsausweisungen auf Flächen, die zu den Verkehrsflächen der Anschlussstellen gehören in Stellungnahme vom 12.06.2008."

Herr Olbrich fordert diesen ländlichen Raum zu erhalten und die Anwohnerschaft ernst zu nehmen.

Herr Twerdy bezieht sich auf einen Fragenkatalog der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

Warum kann der Standort Wolfslake nicht beibehalten und entwickelt werden bzw. was heißt „wegen unzureichender Erschließungsmöglichkeiten“ genau?

Was hätte es für eine Wirkung, wenn die LHP der Planung zur Raststätte grundsätzlich nicht zustimmt?

Welche Standortvarianten wurden untersucht, welche Vor- und Nachteile haben sie?

Was spräche gegen einen Standort weiter nördlich, d.h. jenseits des dann anschließenden Feuchtgebietes eher nahe an der Stadtgrenze, um den Abstand zu den Ortsteilen Paaren und Kartzow zu vergrößern? (1 km ist nicht „weit entfernt“)

Welche Nachteile hätte ein Standort in der Nähe des Bahnhofes Priort, der den Umstieg in den öffentlichen Personennahverkehr und damit eine sinnvolle Aufwertung zu einem P&R-Platz ermöglichen würde?

Gab es Untersuchungen bzgl. einer „Verzahnung“ einen neuen Standortes einer Rastanlage und der bestehenden gewerblichen Ansiedlung im Bereich von „Hornbach“?

Gibt es Vorschriften, die einem speziellen Lichtkonzept entgegenstehen, das beispielsweise eine nach außen und oben abgeschirmte und abgedämmte Beleuchtung vorsehen würde?

Kann die Stadt hier eine Schall- und Lichtschutzanlage einfordern?

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) geht auf die Fragen ein, die durch die LHP beantwortet werden können. Von der Prüfung von Standorten, die weiter nördlich liegen hat sie keine Kenntnis. Gegen ein Lichtkonzept spreche nichts.

Herr Adler bezieht sich auf eine Aussage des Bürgermeisters der Gemeinde Schönwalde-Glien, Herrn Oehme, der die Rastanlage am Standort seiner Kommune positiv betrachte.

Herr Rubelt macht noch einmal deutlich, dass die LHP hier keine Standortbewertungen vornehmen kann, diese Aufgabe liegt beim Land. Die LHP kann dies maximal in ihre Stellungnahme an das Land aufnehmen, die die Stadt im Rahmen des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens als Träger öffentlicher Belange zu diesem Vorhaben abgeben werde.

Herr Finken ermuntert, an die Verwaltung der LHP die Dinge heranzutragen, die

in die Stellungnahme aufgenommen werden sollen.

Die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0893 wird in der Sitzung des KUM-Ausschusses am 17.12.2020 erneut aufgerufen.

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägungs- und Satzungsbeschluss

Vorlage: 20/SVV/1187

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
SBWL, OBR Fahrland

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.3 Finanzierungsvertrag zur Beschaffung von Niederflurstraßenbahnen

Vorlage: 20/SVV/1249

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
KUM, FA

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Zur Umsetzung des Beschlusses Nahverkehrsplan 2019 für die LH Potsdam (DS 20/SVV/0222), der den Ersatz der nicht barrierefreien Straßenbahnzüge vom Typ Tatra KT4D bis zum Jahr 2025 vorsieht, wird die Finanzierungsvereinbarung zur Beschaffung von Niederflurstraßenbahnen zwischen der LH Potsdam und der VIP abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

(Herr Troche zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal)

zu 3.4 **Förderung von Prozessen der Bauleitplanung**

Vorlage: 20/SVV/1267

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
HA, SBWL, KUM, alle Ortsbeiräte

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt bis die Voten aus den Ortsbeiräten vorliegen (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.5 **Änderung der Stellplatzsatzung**

Vorlage: 19/SVV/1091

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Herr Twerdy bringt seinen Änderungsantrag ein.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stellplatzsatzung dahingehend zu ändern, dass für Wohngebäude keine Mindestanzahl von Kfz-Stellplätzen vorgeschrieben wird, so dass Bauherrinnen und Bauherren in eigener Verantwortung über den Bau von Kfz-Stellplätzen entscheiden können.

Auch für die Gebäude mit anderen Nutzungsarten ist ein sinnvolles Verhältnis von Kfz- und Fahrradstellplätzen vorzuschreiben, das den angestrebten Modal Split, den geringeren Platzbedarf von Fahrrädern und das Ziel einer autoarmen Stadt berücksichtigt. Falls keine Kfz-Stellplätze vorgesehen sind, ist eine dem erwarteten Modal Split angemessene Zahl von Fahrradstellplätzen vorzusehen.“

Auf Nachfrage der Vorsitzenden bestätigt Herr Twerdy, dass der Änderungsantrag den Ursprungsantrag des Antragsstellers ersetzt.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) kann der neuen Fassung des Antrags in Sachen Verhältnis von Kfz- und Fahrradstellplätzen folgen. Von dem geforderten Verzicht einer Festschreibung von Kfz-Stellplätzen für Wohngebäude rät er dringend ab, u.a. weil sich benötigter Stellplatz dann in den öffentlichen Raum verlagere.

Herr Berlin schließt sich der Meinung der Verwaltung bezüglich der Festschreibung einer Mindestzahl von Stellplätzen an und warnt ausdrücklich davor, darauf zu verzichten.

Herr Rubelt rät zur Zurückstellung des Antrags auf die nächste Sitzung, dann bleibt Zeit, sich nochmals abzustimmen.

Herr Finken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen.
Dafür und dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 5:2:2 angenommen.

Der Antrag wird bis zur nächsten Sitzung des KUM-Ausschusses zurückgestellt.

zu 3.6 Ergänzende abfallwirtschaftliche Maßnahmen

Vorlage: 20/SVV/1007

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
(Wiedervorlage)

(die Stellungnahme der Verwaltung wurde im Vorfeld der Sitzung an die Mitglieder schriftlich per Mail ausgereicht)
Herr Dörschel bringt den Antrag ein.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Ergebnisse der im Abfallwirtschaftskonzept vorgesehenen Abfallanalyse in Verbindung mit einer Auswertung und Schlussfolgerungen der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Dabei sind weitere zielführende abfallwirtschaftliche Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, zur Erreichung des gesetzlichen Ziels einer Verwertungsquote von 65 % beizutragen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.7 Aktuelle Übersicht zum Umsetzungsstand des Innenstadtverkehrskonzeptes

Vorlage: 20/SVV/1008

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBWL, KUM

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) teilt für die Verwaltung mit, dass dem Antrag gefolgt werden könne, nur die Frist zur Übersichtsvorlage bittet er auf März 2021 im KUM-Ausschuss zu ändern.

Der Antragssteller erklärt sich mit dieser Anpassung der Frist und des Gremiums einverstanden.

Herr Finken regt an, die geforderte Übersicht periodisch zu erstellen.

Herr Rubelt rät, die Vorlage der Übersicht im März abzuwarten und dann über die Möglichkeit einer periodischen Erstellung zu befinden.

Die Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Übersicht über den Stand der Umsetzung des Innenstadtverkehrskonzepts zu erstellen. In dieser Übersicht ist für jede der Maßnahmen dazulegen, in welchem Stadium sich die jeweilige Maßnahme aktuell befindet und wann eine Umsetzung erfolgt bzw. geplant ist. Zusätzlich dazu sind die geplanten/ausgegebenen Kosten für die Umsetzung dieser Maßnahmen mit anzugeben.

Die Übersicht ist ~~der Stadtverordnetenversammlung bis Januar~~ dem **Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität im März 2021** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.8 Parkverbote in der Seepromenade in Groß Glienicke in der Badesaison
Vorlage: 20/SVV/1042

Einreicher: Ortsbeirat Groß Glienicke
nur KUM

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) teilt mit, dass im September 2020 eine Ortsbegehung stattgefunden hat, mit dem Ergebnis, dass ein dauerhaftes Park- und Halteverbot auf dieser Strecke durch eine entsprechende Beschilderung angeordnet wird. In den Sommermonaten müssten dann verstärkt ordnungsbehördliche Kontrollen durchgeführt werden, um die Einhaltung zu kontrollieren.

Herr Twerdy unterstützt den Antrag und regt an zu prüfen, ob schneller als bisher abgeschleppt werden kann.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in der Badesaison in der Seepromenade in Groß Glienicke von der Bergstraße bis zur Richard-Wagner-Straße das Parkverbot an den Wochenenden auszuweiten.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Verlauf der Glienicker Dorfstraße zum Beispiel Seepromenade, Richard-Wagner-Straße, Sacrower Landstraße und Am

Park speziell am Wochenende für einen reibungslosen Durchgangsverkehr für die Linienbusse der VIP und vor allen Dingen für Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Polizei zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.9

Vermeidung von Schleichverkehr in der Posthofstraße

Vorlage: 20/SVV/1120

Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM

Herr Heuer bringt den Antrag ein.

Herr Berlin weist darauf hin, dass bei Umsetzung der Forderung der Verkehr in den anderen umliegenden Bereichen geprüft werden müsse. Er befürchtet eine Verlagerung des Problems.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) verweist auf die stadtweite Untersuchung zu Stauausweichverkehren, in der die Posthofstraße enthalten ist. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden im zweiten Halbjahr 2021 erwartet.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- umgehend den durch die Sperrung der Französischen Straße entstehenden zusätzlichen Schleichverkehr durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden (z.B. Einbahnstraßen- oder Sackgassenregelung),
- über die Ergebnisse der durchzuführenden verkehrlichen Untersuchung nach deren Vorliegen den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität unverzüglich zu informieren
- zeitnah mit dem Vorliegen der Untersuchungsergebnisse einen Vorschlag zur Reduzierung bzw. Unterbindung des Schleichverkehrs vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.10 Erarbeitung einer Vorgartensatzung
Vorlage: 20/SVV/1122
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBWL

Herr Raschke bringt den Antrag ein.

Der Ergänzungsantrag (Stadtverordneter Preschel, DIE PARTEI, Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler) wird ohne Einbringung zur Kenntnis genommen:

„Der Antrag ist wie folgt zu ergänzen:

Es ist zu prüfen, ob Steingärten zukünftig nur mit der Auflage einer Kombination von Gartenzwerge genehmigt werden. Je 10 m² Steingarten ein Gartenzweig, in der Reihung nichtbinäre Geschlechter, weiblich und männlich im Steingarten. Alternativ sind auch nichtmenschliche Kunstfiguren zulässig (Frösche, Erdferkel, Schlümpfe etc...), solange bei deren Auswahl auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet wird.“

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) informiert, dass nach den gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen (Brandenburgische Bauordnung) eine kommunale Satzungsregelung nicht möglich sei.

Herr Rubelt ergänzt, dass der Antrag nachvollziehbar aber nicht umsetzbar sei. An dieser Stelle sollten weichere Mittel genutzt werden und appelliert stattdessen, Projekte der Biodiversität zu stärken. Er bittet, dem Antrag nicht zu folgen.

Herr Wilke überlegt, ob die Forderung eventuell in bestehende Gestaltungssatzungen einfließen könne.

Herr Adler regt an, den Antrag zurückzuziehen und die Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung, die voraussichtlich nächstes Jahr wirksam wird, abzuwarten.

Auf weitere Nachfragen geht Herr Rubelt ein.

Herr Olbrich stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Debatte zu beenden.
Dafür und dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 1:6:2 abgelehnt.

Herr Raschke stellt den Antrag für den Antragsteller zurück bis die Novellierung der Brandenburgischen Bauordnung vorliegt.

zu 3.11 Bioabfallvergärungsanlage

Vorlage: 20/SVV/1137

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen
HA

(die Stellungnahme der Verwaltung wurde den Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung schriftlich per Mail ausgereicht)

Frau Lange bringt den Antrag ein und übernimmt den Änderungsantrag der SPD.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um in Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam 2018 bis 2023 zügig die Voraussetzungen für den Bau einer Vergärungsanlage **für Potsdamer Bioabfälle in Potsdam** zu schaffen.“

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Ergänzung trägt sie nicht mit:

„Dazu ist die Errichtung und der Betrieb einer gemeinsamen Vergärungsanlage in Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen standortoffen zu prüfen.“

Herr Adler appelliert, den Antrag zurückzustellen.

Die Antragssteller stellen den Antrag bis zur Dezembersitzung des KUM-Ausschusses zurück.

zu 3.12 Steganlagen am Griebnitzsee

Vorlage: 20/SVV/1138

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL, HA

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) teilt mit, dass die Forderung bereits geprüft wurde. Daraus ergibt sich, dass der Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ hier nach wie vor rechtsverbindlich gilt. Eine durch die Landeshauptstadt Potsdam beim Bundesverwaltungsgericht eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde ist noch anhängig. Bis zur Entscheidung gelten die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 125 fort und schließen damit die Zulässigkeit einer Steganlage als vorübergehende Alternative zu einem landseitigen Uferweg derzeit aus.

Herr Olbrich fordert, nicht gegen privates Eigentum vorzugehen.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Vor dem Hintergrund des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung den Willen und das Ziel, den Uferweg am Griebnitzsee wieder für die Öffentlichkeit frei zugänglich zu machen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter den aktuell gegebenen Rahmenbedingungen die Möglichkeit zu prüfen, durch den Bau von Steganlagen im Griebnitzsee die von den Anliegern gesperrten Teile des Uferwegs zu überbrücken und auf diese Weise als Übergangslösung bis zu einer durchgängigen Wiederherstellung eines öffentlichen Uferweges eine wasserseitige Begehbarkeit zu ermöglichen.

Das Prüfergebnis ist im Januar 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	2

zu 3.13 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum

Vorlage: 20/SVV/1139

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) erinnert an den Beschluss zur Drucksache 19/SVV/0747 „Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag“. In diese laufende Prüfung kann die hiesige Forderung einbezogen werden. Eine Berichterstattung in den Ausschüssen Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes und Klima, Umwelt und Mobilität kann im März 2021 erfolgen.

Herr Berlin stellt den Antrag für den Antragsteller bis zur Vorlage der angekündigten Konzeption zurück.

zu 3.14 Sicherung des barrierefreien Zugangs zur Speicherstadt

Vorlage: 20/SVV/1140

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
GSWI

Herr Berlin bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) informiert, dass während des Ausbaus der Leipziger Straße die Kontrolle und Sicherung der Barrierefreiheit ständige Pflichtaufgabe sei.

Herr Berlin erkundigt sich nach der Häufigkeit der Kontrollen.

Herr Schenke teilt mit, dass die Kontrollen ohne Unterbrechung vorgenommen werden.

Herr Berlin erklärt den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.15 Sonnenschutz für Fußgänger an zentralen Plätzen

Vorlage: 20/SVV/1141

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
SBWL

Zurückgestellt.

zu 3.16 Provisorischer Uferweg Speicherstadt

Vorlage: 20/SVV/1143

Einreicher: Fraktion DIE LINKE
nur KUM

Zurückgestellt.

zu 3.17 Einrichten von Rechtsabbiegen an roten Ampeln mittels eines Grünpfeilschildes für Fahrradfahrer

Vorlage: 20/SVV/1173

Einreicher: Fraktion CDU
nur KUM

Zurückgestellt.

zu 3.18 Ampelanlage für seheingeschränkte und blinde Menschen am bestehenden Straßenübergang Behlertstraße.

Vorlage: 20/SVV/1175

Einreicher: Fraktion CDU
KUM, GSWI

Zurückgestellt.

zu 3.19 Ausbau der Fahrradständer in Babelsberg

Vorlage: 20/SVV/1183

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
nur KUM

Zurückgestellt.

zu 3.20 Verkehrssicherheit Georg-Hermann-Allee

Vorlage: 20/SVV/1206

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
nur KUM

Zurückgestellt.

- zu 3.21 Einrichtung einer Fahrradstaffel des Ordnungsamtes**
Vorlage: 20/SVV/1216
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke
OS, FA, KUM
- Zurückgestellt.
- zu 3.22 Werkstattverfahren "Autofreie Innenstadt"**
Vorlage: 20/SVV/1268
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
nur KUM
- Zurückgestellt.
- zu 3.23 Sanierung Gehweg Amundsenstraße**
Vorlage: 20/SVV/1275
Einreicher: Fraktion SPD
KUM, SBWL
- Zurückgestellt.
- zu 3.24 Mängel an der Skateanlage Caputher Heuweg beheben**
Vorlage: 20/SVV/1276
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE und SPD
B/Sp., JHA, KUM
- Zurückgestellt.
- zu 3.25 Abstellen von Autos in Kreuzungsbereichen, Einmündungen und vor Bordsteinabsenkungen verhindern**
Vorlage: 20/SVV/1277
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, OS
- Zurückgestellt.
- zu 3.26 Wiederherstellung der Sichtbeziehungen an der Neustädter Havelbucht**
Vorlage: 20/SVV/1281
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, SBWL
- Zurückgestellt.
- zu 3.27 Verkehrssicherheit in der Innenstadt erhöhen**
Vorlage: 20/SVV/1284
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
nur KUM
- Zurückgestellt.

- zu 3.28 Fahrradparkhäuser an P&R-Parkplätzen**
Vorlage: 20/SVV/1286
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten
KUM, SBWL
- Zurückgestellt.
- zu 3.29 Kreuzungsbereiche sicherer gestalten - Phänomen "Toter Winkel"**
Vorlage: 20/SVV/1287
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
nur KUM
- Zurückgestellt.
- zu 3.30 Prüfergebnisse November 2020 zum Beschluss "Potsdam erklärt den Klimanotstand"**
Vorlage: 20/SVV/1191
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- Zurückgestellt.
- zu 3.31 Klimanotstand - 2. Aktionsplan zum Masterplan 100% Klimaschutz bis 2050**
Vorlage: 20/SVV/1266
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- Zurückgestellt.
- zu 3.32 Maßnahmen zur Luftreinhaltung in der Zeppelinstraße**
Vorlage: 20/SVV/1260
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- Zurückgestellt.
- zu 3.33 Bessere ÖPNV-Anbindung für die Schiffbauergasse**
Vorlage: 20/SVV/1293
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- Zurückgestellt.
- zu 3.34 Fähre 1 Kiewitt - Hermannswerder**
Vorlage: 20/SVV/1294
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)
- Zurückgestellt.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Berichterstattung zum Strategieplan für Dach- und Fassadenbegrünung in
der Landeshauptstadt Potsdam**

(gem. Beschluss zur DS 17/SVV/0532)

Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

(Die Mitteilung wurde den Mitgliedern vor der Sitzung schriftlich per Mail am
18.11.2020 ausgereicht)

zu 4.2 Umleitungsverkehr Behlertstraße

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Mitteilung wurde den Mitgliedern vor der Sitzung schriftlich per Mail am
18.11.2020 ausgereicht)

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Tina Lange
stellvertretende Ausschussvorsitzende

Franziska Anhoff
Niederschrift